

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter Die Habungspolizei
Postamt für Anzeigen aus dem
Umgebung der Gegend, un-
wichtige Anzeigen zu Goldpfeil,
Kollama-Postamt zu Goldpfeil,
amtliche Post zu Goldpfeil.

Verordnungen nehmen die Anzeigen
und die Anzeigen der Poststellen
an. - Erhältlich werktags.
Sprech- und Briefkasten Nr. 20.

Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Rote: Auer Leipzig Nr. 1990

Nr. 292

Montag, den 17. Dezember 1923

18. Jahrgang

Deutschlands Bitte um drei Jahre Zahlungsausschub.

In der vorgestern von dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Staatssekretär Fischer, der Reparationskommission übergebenen Note bittet die deutsche Regierung eine grundsätzliche Erklärung in der Richtung abzugeben, daß für einen für den Ankauf von Brotgetreide und Fett bestimmten dreijährigen Kredit in Höhe bis zu 70 Millionen Dollar gemäß Artikel 251 des Versailler Vertrages der Borrang vor den Reparationsverpflichtungen eingeräumt wird.

Die Note betont, daß die Getreidekäufe im Ausland zwecks rechtzeitiger Einfuhr und Verteilung im Inland nicht aufgeschoben werden können, bis die inländischen Getreidevorräte aufgebraucht sind und daß Deutschland für den Ankauf von noch etwa 1 1/2 Millionen Tonnen Getreide sowie von monatlich 10 000 Tonnen Fett Auslandskredite unerlässlich braucht, die, wie sich aus den Kreditverhandlungen ergeben hat, nur unter der Voraussetzung gegeben werden würden, daß diesen Krediten die Priorität eingeräumt wird.

Nach dem in der Note erwähnten Artikel 251 haben die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln den Borrang in dem Maße und unter den Bedingungen, die von den alliierten und assoziierten Regierungen festgesetzt werden.

Die Reparationskommission kann also zeigen, daß sie dem deutschen Volke die notwendigen Existenzbedingungen gewähren und damit die Voraussetzungen zur Wiederherstellung seiner Reparationsfähigkeit schaffen will.

Entspannung der Lage erreicht.

Au dem Schritt des deutschen Geschäftsträgers am Quai d'Orsay nimmt der größte Teil der Pariser Presse eine abwartende Haltung ein, da, wie versichert wird, die größte Diskretion hinsichtlich des Inhaltes der von dem deutschen Geschäftsträger überreichten Denkschrift an der Unterredung am Vormittag gewahrt wird. Schroffe Ablehnung findet sich nur in einigen Blättern von ausschließlich nationalisistischer Richtung.

In einem Kommentar der Agence Havas heißt es, Frankreich und Belgien dürften die Deutschen nicht durch eine Belagerung in Verhandlungen einzutreten, entmutigen. Unter den gegebenen Umständen habe aber die elementarste Vorsicht Poincares geboten, sich in seiner Antwort an Herrn v. Doehs ziemlich reserviert zu zeigen.

„Zeit Parisien“ schreibt, daß die Denkschrift des deutschen Geschäftsträgers weit davon entfernt sei, Frankreich zu befriedigen, aber es komme darauf an, daß Deutschland bereit sei, guten Willen zu bekunden. Für den Augenblick könne es sich nur um die Herbeiführung der unerlässlichen Entspannung handeln.

Großer Presseempfang im Reichstag.

Eine Stresemann-Rede.

Bei dem vom Verein Berliner Presse am Sonntag im Reichstag veranstalteten Empfang, dem Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Marx, Reichswehrminister Gessler, Reichspostminister Dörfle, preussischer Ministerpräsident Braun mit den Ministern Dr. Brüning und Dr. Wendorf die Präsidenten des Reichs- und des Landtages, sowie zahlreiche andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beizuwohnten, hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Der Tag der Ruhrbesetzung jähre sich demnächst und eine unennbare Kette von Jammer, Not und Elend habe sich an diesen Tag angeschlossen. Wir haben wichtige Aufgaben zu erfüllen, die vielleicht schwerere Anforderungen an die nationale Festigkeit des gesamten deutschen Volkes stellen werden, als manche Episoden der Kriegszeit. Es werde der größte deutsche Opfermut dazu gehören, daß wir nicht unterliegen.

Hiernach ergriß Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort. Dr. Stresemann erinnerte zunächst an die eben erfolgte Veröffentlichung der zweiten Serie der Urten des Auswärtigen Amtes, sowie daran, daß nachher seiherzeit das Erscheinen des ersten Teiles eine Tat im Dienste der Wahrheit genannt habe, dazu bestimmt, der Wahrheit über die Ursachen des Weltkrieges den Weg zu bahnen. Wir haben, so führte der Minister aus, Entbehrungen und Not wie kein anderes Volk auf uns genommen, um die Pflichten des Vertrages von Versailles zu erfüllen, aber die Überkennung der moralischen Ehrenrechte lehnen wir ab, und jede deutsche wird sie ablehnen. Wenn auch die anderen Regierungen ihre Archive geöffnet hätten, würde ein gerechtes Urteil über die Entstehung des größten Unglücks aller Zeiten möglich sein.

Der Redner verwies sodann auf die herrschenden Zustände in Deutschland, auf die Besetzung deutschen Landes, auch solchen Landes, für das die Besetzungsrände nicht im Vertrag stehen, auf die fortdauernde Gefangenschaft zahlreicher Deutscher, die fremde Verwaltung deutschen Bodens, die Ausnutzung der Besetzung, die Unterdrückung der öffentlichen Meinung im besetzten Gebiet. Vor der Ruhrbesetzung habe die Reichsregierung alles getan, um zu einer Verständigung zu kommen; so bei den Konferenzen in London und Paris. Sie habe sich den Gedanken des Rheinpaktes zu eigen gemacht, und trotzdem sei die Ruhrbesetzung erfolgt. Auch während des Ruhrkampfes habe Deutschland durch die

Angebote der Regierung Cuno

die Hand zum Frieden geboten. In der Geschichte der Völker sei es unerhört, daß ein ganzer Staat auf dieses Angebot nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurde.

Als dann dem Kabinett, dem der Redner vorstand, die schwere Aufgabe zuteil wurde, den Widerstand an Rhein und Ruhr zu beendigen, habe man der Meinung gelebt, daß der Entschluß der Regierung den Beginn internationaler Verhandlungen bedeuten würde. Dies habe uns erneut zu Opfern veranlaßt. Die Tatsache, daß heute ein Vermögen des Reiches nicht mehr vorhanden und daß der Ruhrkampf mit daran schuld ist, sollte dazu führen, einen neuen Weg internationaler Verständigung zu gehen. Aber die Demarche der deutschen Regierung bei dem französischen Ministerpräsidenten hat zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle noch nicht wieder eingeführt sei. Die Regierung habe sich in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt, weil sie angesichts der herrschenden Erregung die Verantwortung für die Sicherheit der Kontrollorgane heute nicht mehr übernehmen könne.

Die besetzten Gebiete sind im Zustande des okkupierten Kriegesgebietes, sie sind es ohne die Rechte, die ein solcher nach dem geltenden Völkerrecht hat. Wenn sie vorläufig okkupiertes Kriegsgebiet bleiben, so haben sie ein Unrecht auf Regelung ihrer Verhältnisse. Auch aus einem anderen Grunde, so legte der Kanzler weiter dar, muß man zu einem modus vivendi für das Ruhrgebiet kommen.

Eine Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch eine internationale Kommission sei nicht möglich, wenn nicht vorher Klarheit darüber bestehe, wie es an Rhein und Ruhr stehe. Unser Rechtsstandpunkt sei völlig klar.

Wir werden niemals die Legalität

des Ruhrbruchs anerkennen.

Die Wiederaufrichtung in Deutschland, so führte der Redner zum Schluß aus, müsse auf der stillen Grundlage des geistigen Aufstieges der Nation selbst ruhen. Deshalb habe die Regierung auch volles Verständnis für die Lage derjenigen, die das Bestreben in der Presse repräsentieren. Ohne die öffentliche Meinung könnten wir nicht innere und nicht äußere Politik führen.

Hoesch bei Poincare.

Die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers von Hoesch bei Poincare am Sonnabend vormittag dauerte kaum eine halbe Stunde. Herr von Hoesch hatte den Auftrag, im Namen der Reichsregierung den französischen Ministerpräsidenten zu befragen, ob die französische Regierung bereit ist, in direkte Besprechungen mit der Reichsregierung über verschiedene ungeklärte Fragen einzutreten. Dies war die Hauptfrage die dem französischen Ministerpräsidenten vorgelegt wurde. Einzelheiten wurden nicht berührt.

Poincare bekräftigte sein Interesse für den Vortrag des deutschen Geschäftsträgers, gab aber keine endgültige Antwort, vielmehr bat er Herrn von Hoesch im Laufe des Tages eine deutsche Denkschrift zu überreichen, worin die Fragen, die in direkten Verhandlungen erörtert werden sollen, aufgeführt werden. Diese Denkschrift wird zur Stunde in der deutschen Botschaft in Paris abgefaßt und Poincare sofort übergeben werden, der versprochen hat, eine endgültige schriftliche Antwort zu erteilen.

Die direkten Verhandlungen, die die Reichsregierung wünscht, beziehen sich hauptsächlich auf die besetzten Gebiete. Auch das Reparationsproblem soll gestreift werden, obwohl man sich in deutschen Regierungskreisen klar darüber ist, daß diese Verhandlungen mit der Reparationskommission geführt werden müssen. Im großen und ganzen ist das Kommuniqué der Reichsregierung vom 11. Dezember für die zu führenden Verhandlungen maßgebend. Irgendwelche bestimmte Vorschläge betreffend Einzelheiten der zu führenden Verhandlungen werden Poincare nicht gemacht. Vor allem wird es

sich um die grundsätzliche Erledigung der Frage handeln, ob direkte Besprechungen durchgeführt werden sollen oder nicht.

Die Antwort der französischen Regierung

auf den Schritt des deutschen Geschäftsträgers vom Sonnabend ist gestern um 9 Uhr abends überreicht worden. Nach der Agence Havas stellt Poincare noch einmal fest, daß er, nachdem der passive Widerstand eingestellt zu sein scheint, jederzeit geneigt sei, sich mit offiziellen Vertretern der deutschen Regierung über alle Fragen zu besprechen, mit denen sie ihn zu befragen wünschten. Was die Reparationen anbetreffe so werde die französische Regierung, wie sie bereits häufig erklärt habe, weder die durch den Friedensvertrag eingesehene Kommission ihrer Kompetenzen entkleiden noch irgend einer Regelung zustimmen, die nicht streng dem Friedensvertrag entspreche. Was die Festsetzung eines modus vivendi im Ruhrgebiet oder im altbesetzten Rheinland anlange, so sei der französische Ministerpräsident durchaus geneigt, die Vorschläge der Berliner Regierung anzuhören. Er sei namentlich bereit zu Unterhandlungen bezüglich der Abmachungen mit Industriellen und bezüglich der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens. Voraussetzung sei dabei, daß die französische Regierung ihr unbedingtes Recht wahre die Rückkehr der ausgewiesenen Personen nach Prüfung der einzelnen Fälle zuzulassen. Zum Schluß erklärt Poincare, die internationalen Militärkontrollkommissionen hätten ihre regelmäßige Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen können; dementsprechend könne Deutschland nicht behaupten, daß es den Friedensvertrag loyal durchführe.

Die Reichsbahn.

Der Reichsverkehrsminister erstattete dem ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrates über die Entwicklung der Lage der Reichsbahn seit Einführung der Goldtarife Bericht. In eingehender Ausdrucksweise wurde dann die gesamte Finanzpolitik behandelt, insbesondere auch die Folgen, welche sich daraus ergeben, daß die Reichsbahn seit dem 15. November aus der Finanzwirtschaft des Reiches losgelöst ist. Der Ausschuss war der Auffassung, daß gleichzeitig mit einem Breisabbau der für die Eisenbahn nötigen Stoffe eine Ermäßigung der Gütertarife anzustreben sei. Das Eisenbahnfinanzgesetz, das die Reichsverkehrsverwaltung dem Reichstage unterbreiten wird, steht u. a. eine Lösung der Betriebsverwaltung vom Reichshaushalt vor. Die Gründung einer Aktiengesellschaft, wie sie mehrfach angeregt wurde, wird ausdrücklich abgelehnt. Auch eine Veränderung der Betriebsform kommt nicht mehr in Frage. Das Kabinett wird binnen Kürze zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Auch die Reichspostverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, die Postverwaltung ebenfalls vom Haushalt loszulösen.

Wie es heißt, hat sich ein Teil der Gläubiger der Reichsbahn zu einer losen Verbindung zusammengeschlossen und verhandelt mit der zahlungsunfähigen Bahn. Einschließlich der bestehenden Schulden sollen die Verpflichtungen der Reichsbahn etwa 550 bis 600 Millionen Goldmark betragen. Es sollen Verhandlungen mit der Rentenbank stattgefunden haben, bei denen die Gläubiger bestrebt waren, von der Rentenbank einen Wechselkredit zu erhalten, der ihnen die Verfügung über einen Teil der ihnen geschuldeten Gelder geben soll. Es dürfte dabei der Betrag von 100 Millionen Goldmark überschritten werden. Die Rentenbank könnte diesen Kredit natürlich nur aus den Beträgen gewähren, die für Industriekredite im ganzen von ihr ausgesetzt werden.

Smuts für englisch-amerikanisches Zusammenwirken.

Einer Neutermeldung aus Johannesburg zufolge erklärte General Smuts in einer Rede, in der er sich auch über die Vorzugsbedingungen der englischen Kolonien gegenüber dem Mutterlande äußerte, zur europäischen Lage, es erscheine ihm wesentlich, ein englich-amerikanisches Zusammenwirken zustandezubringen. Die ganze Welt erhoffe er angesichts des augenblicklichen internationalen Wirrwarrs. Es erscheine, daß beide Länder einzusehen begännen, was in Europa auf dem Spiele stehe. In der nächsten Zeit würde das britische Reich mit den Vereinigten Staaten einen weit aktiveren Anteil als bisher an der Sicherung des europäischen Friedens nehmen. Vielleicht würde die Lage, bevor sie sich bessere, noch viel schlimmer werden, aber alles, was er in vertraulichen Besprechungen mit den leitenden Persönlichkeiten in Europa gehört habe, veranlaßt ihn, zu hoffen und nicht zu bezweifeln.

Lloyd George gegen die Konservativen.

Im „Daily Chronicle“ veröffentlicht Lloyd George einen außerordentlich heftigen Artikel, worin er sich gegen eine neue Koalition mit den Konservativen wendet. Er erinnert sie daran, daß sie es waren, die bei ihren Versammlungen im Carlton Club die Koalition mit den Liberalen gefordert hätten. Die Folgen müßten sie nunmehr ertragen. Der Beschluß der Konservativen, die Regierung beizubehalten, nachdem sie bei den Wahlen eine so schwere Niederlage erlitten hätten, sei eine schwere Herausforderung. Wenn Baldwin und dessen Kollegen nicht die Scham befühlten, anzuerkennen, daß England von ihnen nichts wissen wolle, so werde das Parlament die erste Gelegenheit benutzen, um ihnen Verantwortung zuzurechnen. Bezüglich der Labour-Party erklärte Lloyd George, daß man dieser die Aussicht nicht verherren dürfe, eine Regierung zu bilden, denn dies wäre ein Betrug an der Verfassung. Der Carlton Club müsse den Mut haben, die herrliche Arbeit zu betrachten, die er verrichtet habe.

Kleine politische Meldungen.

Ein diktatorischer Ausschuss? Wie der Berliner Korrespondent der „Ballen Nationalzeitung“ meldet, hat sich das Reichskabinett für Einsetzung eines engeren Ausschusses mit diktatorischen Vollmachten auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ausgesprochen.

Ein Vertreter der Herdt-Preße beim Grafen Kanitz. Graf Kanitz, der Landwirtschaftsminister, empfing einen Vertreter der englischen Herdt-Preße, den Herrn v. Wegand, und unterhielt sich mit ihm über den Stand der deutschen Ernährung. Eine Nahrungsmittelreform habe in Deutschland schon in Friedenszeiten bestanden. Nach dem Kriege mußte noch mehr eingeführt werden, als zuvor. Die Verdienste der Landwirtschaft um die Volksernährung aber müßten vollständig anerkannt werden. Durch Bezahlung mit Papiermark hätte sie große Verluste erlitten. Auch der Viehstand sei zurückgegangen. Am 1. Dezember 1913 wurde 22,5 Millionen Schweine gezüchtet, am 1. Dezember 1922 aber nur 14,8 Millionen. In dieser Zeit sei auch das Durchschnittsgewicht der Rinder gesunken: von 260 auf 213 Kilogramm. Daß die Landwirtschaft gemindert und ihre Erzeugnisse zurückgehalten habe, sei eine Verleumdung.

Der verbotene „Reichstagskongreß der Erwerbslosen“ ausgerufen. Nach einer Meldung des Berliner Polizeipräsidenten haben die Kommunisten zu Sonntagvormittag unter dem Decknamen eines Reichstagskongresses der Erwerbslosen und Kurzarbeiter Delegierte aus dem ganzen Reich nach Berlin berufen. Dieser Kongreß war vom Militärbezirkskommandanten auf Grund des Ausnahmezustandes verboten worden. — Trotzdem fanden sich die kommunistischen Delegierten in Berlin ein. Die Berliner politische Polizei hatte das geheimgehaltene Versammlungsort rechtzeitig ermittelt und festgestellt, daß die Kommunisten in einem Lokal am Treptower Park unter der Maske eines Sportclubs zu tagen beabsichtigten. Die Beamten der Polizei hoben die ganze Versammlung aus. Es wurden insgesamt etwa 300 Personen, die sich aus Staatsangehörigen fast aller deutschen Länder zusammensetzten, festgenommen und dem Polizeipräsidenten zugeführt. — Bei einer zweiten angeleglichen Erwerbslosenversammlung wurden 70 Teilnehmer festgenommen.

Rechtspflege und Finanznot. Der Übergang von der Papiermark zum wertbeständigen Geld, ohne daß genügend wertbeständige Steuern eingingen, ruft in den Höchstverwaltungen von Reich und Ländern mit ihren leeren Kassen die größten Betriebschwierigkeiten hervor. Einen Einblick in die Unterhaltung, eines Vertreters der Rugsburger Volkszeitung mit dem Reichsjustizminister Tamminger, der erklärte, es bestehe große Gefahr, daß in nächster Zeit die Landesjustizverwaltungen in die Lage kommen würden, aus Mangel an Mitteln für die sachlichen Ausgaben, namentlich Gehältern für Juregen und Sachverständigen, Schöffen und Geschworene die Gerichte zu schließen und die Beschlüsse zu offen, weil die Befähigung und Detzung unerschwinglich geworden sind. Beides erscheint gleichmäßig unmöglich. Die Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird zum Teil erst am 1. April in Kraft treten können. Daneben aber

Das merkwürdigste Jahr meines Lebens.

Von August von Rohrbach.

Ich bekam hier noch manchen kleinen Aufschluß über den Teil meiner Geschichte, bei welchem jene gute Menschen mit interessiert waren. Die Briefe die ich auf Stodmannshof schrieb, hatte der Herr Kammerherr von Beher sämtlich an den braven Gouverneur von Wiga gesandt, doch — wie ich schon vermutete — mit Ausnahme des einen, an den Grafen Cobenzl gerichteten, weil der mir nur schaden konnte. Der Gouverneur hatte ohne Bedenken sie sämtlich an den Kaiser befördert der im ersten Augenblick über meine Entwicklung höchst erregt wurde und ihm zurückschrieb: „Er solle den Kammerherrn von Beher augenblicklich nach der Stadt beschelken und ihm einen dicken Beweis dafür geben, daß er sich unterstanden habe, einen Staatsgefängenen Briefe schreiben zu lassen.“ Dieser Beweiss, der einen Abdruck für das Herz des Herrn von Beher enthielt, wurde wirklich erteilt; man kann aber denken, wie sehr der Ton des menschenfreundlichen Gouverneurs dessen Strengs gemindert haben wird. Ich erzählte ferner, daß mein Hofrat dem Kammerherrn von Beher wirklich seine Instruktion vorgelesen hatte, und daß es daher allerdings gefährlich gewesen sein würde, sich lebhafter, als es geschehen ist, für mich zu interessieren. Den Augen und fähigen Herrn Proffentus versuchte Herr von Beher zu verteidigen. Ich kann nicht dafür, daß mein Befehl allen seinen Gründen widersprach.

Den Hofrat hatte man damals allgemein für einen guten Menschen gehalten und das Beste von ihm erwartet. Dieser Irrtum war mir nicht auffallend, denn

sind Übergangsmassnahmen bis 1. April notwendig. Ich bin seit vielen Jahren für eine stärkere Beteiligung des Volksmehres bei der Rechtspflege eingetreten und empfinde es als bitteren Schicksal, auf dessen Mitwirkung vorübergehend zu verzichten. Aber wenn ich vor die Wahl gestellt bin, entweder die ganze Strafrechtspflege überhaupt stillgelegt zu sehen oder sie einzuwickeln nur mit Berufsrichtern durch diese Übergangzeit hindurchzuführen, so bringe ich den Mut auf, allerdings nur für kurze Zeit, auf die Mitwirkung der Laien bei der Strafrechtspflege zu verzichten.“ Die Reichsregierung ist einstimmig dieser Auffassung beigetreten. Weiter kommt in Betracht das Rufen aller Ortsparlamenten sowie eine weitgehende Einschränkung von Rechtsmitteln.

Ludendorff stellt Strafantrag gegen die Dresdner Volkszeitung. Ludendorff hat gegen den verantwortlichen Redakteur der Dresdner Volkszeitung, Dr. Sachs, Strafantrag gestellt, weil dieser in einem Verichte über die Vorfälle im Verhältnis zum D. November geschrieben hatte. Ludendorff habe sich beim ersten Schusse niedergeworfen und sei unwesentlich liegen geblieben, als seine Leute die Flucht ergriffen hätten. Dabei läßt Ludendorff auf eine andere Darstellung verweisen, wo ausgeführt ist, Ludendorff sei an der Spitze des Auges marschiert, durch das Feuer geschritten und erst 160 Schritte dahinter festgenommen worden. Er sei nur durch ein Wunder unverletzt geblieben. — Wenn man mir wähle, was das sein soll: 160 Schritte hinter dem Feuer? —

Von Stadt und Land.

Am 17. Dezember.

Sächsische Polizeipolitik.

1. Als Feiertag der kommunistische Polizeihauptmannmeister Schneidewitz zum Polizeihauptmann befördert worden war und ein Polizeioffizier ein Mitglied des Beamtenausschusses auf die Wirkung hinwies die die Beförderung eines für diese Stellung nicht vorgebildeten und daher ungeeigneten Mannes wie Schneidewitz auf die Beamtenausübung ausüben müßte wurde ihm geantwortet: „Schneidewitz ist auf Wunsch der Partei befördert worden.“

2. In letzter Zeit sind die Vorgesetzten bei Beförderungen oft überhaupt nicht mehr gefragt worden. Die Beförderungen erfolgten vielfach lediglich auf Vorschlag der Beamtenauschüsse. (Herr Vipsinski hatte das in seiner Ministerzeit ausdrücklich abgelehnt. Die Red.) Als daher vorgezogen der vorgelegte Polizeihauptmann eines vorzüglich beurteilten Kommissars an den vorliegenden des Beamtenausschusses Schmidt herantat, um die Möglichkeit einer Beförderung des Kommissars zum Oberkommissar zu erörtern, nahm Schmidt eine ablehnende Haltung ein, weil der betreffende Kommissar „schon vor einiger Zeit einmal inoffiziell über die Zustände unter der sächsischen Regierung auf der Straßenbahn ausgedrückt habe“. Die Beförderung unterblieb. Als einige Zeit später der betreffende Polizeihauptmann mit Schmidt nachmals über die Angelegenheit sprach, sagte letzterer: „Jetzt läßt sich vielleicht etwas machen, denn Kommissar . . . hat sich inzwischen organisiert.“

3. Anfang November wurde der sozialistische Hauptmannmeister David der blauen Polizei, ein mehrfach vorbestrafter und mit Dienstausschuldigung bedrohter Beamter, unter Ueberführung unzulässiger befähigter und dienstlicher Kameraden zum Kommissar befördert. Polizeioberst Schäpinger begründete die Beförderung damit, daß David sich um den persönlichen Schutz Zeigner verdient gemacht habe. In Wirklichkeit hat David Zeigner lediglich unter Befreiung von jedweden anderen Dienst ständig begleitet. Die Beförderung Davids hat daher in der Beamtenschaft auch die größte Erbitterung ausgelöst.

4. Polizeihauptmann Gehler wurde entlassen. „Weil er das Hakenkreuz getragen habe“. Der betreffende Vorfall — Gehler hatte seinerzeit eine Kravatennadel in Form eines Hakenkreuzes getragen — lag bereits zwei Jahre zurück und hatte auch damals seine abschließende Regelung gefunden. Tatsächlich entlassen wurde Gehler weil er sich nicht linkspolitisch orientieren wollte. Die Entlassung erregte daher größtes Aufsehen unter den

Polizeioffizieren. Als nun gelegentlich eines dienstlichen Zusammenkommens eine größere Anzahl von Polizeioffizieren dem Oberst Schäpinger sagte, daß nach ihrer Auffassung Gehler lediglich aus parteipolitischen Rücksichten entlassen worden sei, sagte Schäpinger wortlos: „Als seinerzeit die Schieferer bei dem Rathaus war, da verlangte die kommunistische Partei ein Opfer. Da aber Polizeipräsident Wenke die an der Schieferer beteiligten Offiziere bereits gestürzt hatte, so ist ein anderes Opfer gesucht worden, und das ist Gehler.“ Dem mitanwesenden Polizeimajor Smeich war dieser Ausdruck höchlich peinlich. Er merkte, welche Bisse sich Schäpinger gegeben hatte, und suchte diese Redebeziehung daher auch sofort mit den Worten abzuschneiden: „Nun, Herr Oberst, das müßte ich nicht so ohne weiteres zugucken haben.“

Zulassung zum Hochschulstudium.

Das Ministerium für Volksbildung hält es für erforderlich, daß in seltenen Ausnahmefällen auch Personen, die den üblichen Hochschulreife führenden Weg über eine neunstufige höhere Schule nicht gegangen sind unter der Voraussetzung besonderer Begabung, der Zugang zum Hochschulstudium eröffnet wird. Nach einer Ministerialverordnung vom 7. d. M. können daher solche Personen durch eine von Fall zu Fall zu treffende Entscheidung des Ministeriums für Volksbildung nach Ablegung einer Prüfung zum Studium an der Universität Leipzig über der Technischen Hochschule Dresden zugelassen werden. Die Prüfungen werden im März und Oktober jedes Jahres abgehalten. Besuche um Zulassung zur Prüfung sind bis zum 31. Dezember bzw. 31. Juli beim Ministerium für Volksbildung einzureichen.

Dem Gebrauch, worin angegeben ist, welchem Studium sich der Bewerber zu widmen gedenkt, sind als Unterlagen beizufügen: 1. ein ausführlicher und selbstgeschriebener Lebenslauf mit Darlegung der Berufsbildung und Berufstätigkeit, sowie der bisherigen wissenschaftlichen Beschäftigung; 2. ein Zeugniszeugnis; 3. die Schulabschlußzeugnisse. Ferner können schriftliche oder handschriftliche Arbeiten oder Entwürfe vorgelegt werden. Dem Antrag ist unbedingt eine Begründung und Empfehlung durch Personen beizufügen, die den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen bereits kennen und mit dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit als vertraut gelten dürfen. Der Antragsteller soll mindestens das 25. Lebensjahr erreicht, das 35. Lebensjahr aber noch nicht überschritten haben. In besonderen Fällen können hiervon Ausnahmen bewilligt werden. Wer die Prüfung bestanden hat, tritt auf seinem Studiengebiet in die vollen Rechte der ordentlichen Studierenden ein. Ueber die Zulassung zur Promotion behält sich das Ministerium die Entscheidung vor.

(Es ist nicht recht einzusehen, warum man vom Abstellungsvertrag besessen, namentlich alle Leute zum Studieren auffordert, um sie dann verhungern zu lassen unter der Devise: Sparmaßnahmen, Beamtenabbau, Produktionsverbilligung usw. Aber man scheint eben der Ueberzeugung zu sein, daß nur Verbilligung der Wissenschaft uns retten kann.)

Reichsmehrbewegungen. Nachdem die Reichswehr am Donnerstag bereits aus Plauen und Jizlau abtransportiert worden ist, verließ nunmehr auch der letzte Rest der Chemnitzer Reichswehrbesatzung, das 1. Bataillon des 10. Infanterieregiments, Chemnitz und wurde am Sonnabend vor mittag in seine Dresden Garnison zurückbefördert.

Von Herrn Dr. Zeigner. Die im Umlauf befindlichen Gerichte, daß Dr. Zeigner Aufnahme in eine Leipziger Nervenklinik gefunden habe, bewahrheiten sich nicht. Dr. Zeigner ist zu Beginn seiner Untersuchungshaft durch den Gerichtsarzt zwar auf seinen Gesundheitszustand untersucht, aber durchaus in Ordnung befunden worden. Die Vernehmung Dr. Zeigners geht im wesentlichen dahin, daß er zugibt, die verschiedenen haben entgegengenommen zu haben. Er behauptet aber, sie hinterher selbst nach Leipzig gebracht und dort an Wölflin, den Verwalter der Gnadenaste, persönlich abgeliefert zu haben.

nie habe ich so viel Rohheit mit so vieler Verstellung, kunst vereint gesehen. Kam er doch, als er bei seiner Rückkehr aus Sibirien meine nahe Bekanntschaft erfahren hatte, augenblicklich kriechend zu meiner Frau und versicherte dieser, wir wären die besten Freunde; wir hätten unterwegs als Brüder zusammengelebt! Kam er doch, als er erfuhr, daß Kaiser Paul mich auszuweichen, oft sogar auch zu mir und machte mir auf eine niedrige Weise den Hof! Sein bloßer Anblick war mir jedesmal ein Stich in das Herz. Das möchte er denn endlich merken und blos weg.

Nach kurzer auf Wolmershof sehr glücklich verlebter Zeit gingen wir weiter nach Wiga, wo uns neue, nicht weniger zarte Freuden erwarteten. Zwar fand ich den bisherigen Gouverneur von Mähren nicht dort, weil leider krankheit ihn auf dem Lande zurückhielt; aber mein guter gefühlvoller Freund Eckardt und der edle Arzt Stofwegen empfingen mich erheitert. In dem veredelten Grassenteilde, der ländlichen Wohnung des ersteren brachten wir einige sehr frohe Tage zu und verließen es endlich sehnend und gesegnet.

Hier erzählte ich unter anderem, daß ein Brief, den meine unglückliche Frau an die Frau Herzogin von Weimar geschrieben hatte, von dem Postdirektor gleichfalls an den Kaiser gesandt worden sei; daß dieser ihn gelesen, aber auf der Stelle mit dem Beschele zurückgeschickt habe. Ich vorläufig wieder zu verriegeln und an die Adresse abgeben zu lassen. Meine Freunde hatten aus diesem Umstande günstige Hoffnungen gezogen, und gewiß ist es, daß dieser Brief, von dem ich eine Abschrift besitze, keine andere als eine heilsame Wirkung auf das empfängliche Herz des Monarchen hervorbringen konnte. Vielleicht verdanke ich also meine Befreiung zum Teil derjenigen Person, der ich sie am liebsten verdanke: meiner guten Frau!

In Witten fanden wir den Herrn Gouverneur von Triesen nicht mehr, er war abgereist. Leider war das auch der Fall mit dem wackeren Hofrat Sellin, dem vor maligen Chef des Grenzollanthes. Ich sah ich nicht; wohl aber den Offizier, der mich bis Witten begleitete hatte, den Herrn Leutnant Bogestawski. Er empfing mich als einen alten Freund; wir mußten bei ihm frühstücken. Oh, wie gegenwärtig wurde uns hier wieder die Szene meiner Verhaftung! Aber welche eine Wohlthat der Natur, daß die Erinnerung an überstandene Leiden denselben Genuß gewährt — und vielleicht einen größeren — als die Erinnerung an Freuden der Vergangenheit! Ich erkundigte mich nach dem höflichen Rasaten der damals auf unserem Kutschbock saß, und wollte ihn beschelken: er war aber gerade nicht gegenwärtig.

Als wir nun weiter fuhren, als wir das Wachttauer passierten, der Schlagbaum hinter uns fiel, und halb darauf der preussische Adler uns winkte — oh! warum sollte ich mich schämen, zu gestehen, daß ich in Tränen ausbrach die ich, von meiner guten Frau lücheln umarmt, an ihrem Herzen sanft verwelkte. Nicht etwa als ob ich nun erst des Gedächtnisses der Rettung froh geworden wäre — o nein! der Name Alexander ist jedem unbescholtenen Manne süß für seine Sicherheit — aber es war ein Gemisch von mancherlei starken Gefühlen, welche mir jene süßen Tränen auspressten: der Anblick des Schauspieles meiner Leiden, die Vergewaltigung jener Sünden, die Erinnerung an die unwillkürliche Bangigkeit, mit der ich ein Jahr vorher denselben Weg fuhr, der Kontrast mit meiner jetzigen Empfehlung, die glückliche, so wenig gekostete Wendung meines Schicksals, der Dank gegen Gott, daß ich alle meine Leiden wieder bei mir und um mich hatte, daß der böse, schwere Traum in ein so frühliches Erwachen übergegangen war — alles das fleg mir aus dem Herzen in die Augen

Raus Sachsen.

Wichtig. Erzgebirgische Weihnachtsfeier. Der hiesige Bergverein wird auch in diesem Jahre wieder seinen prächtigen Weihnachtsberg, als Kunstwerk weit und breit geschätzt, erweitert und verbessert zur Ausstellung bringen.

Der Obsthändler Weihnachtsberg ist schon seit langer Zeit als der größte und schönste seiner Art im Erzgebirge bekannt; aber seit seiner Vorführung auf der diesjährigen Dresdener Ausstellung „Spiel und Sport“ weit über Sachsens Grenzen hinaus berühmt geworden.

Obsthandel. Unfallsfall. Ein mit Garnituren beladenes Lastauto der Firma Alfred Wagner, Chemnitz, verunglückte am Freitag auf der steilen Badstraße. Durch Lösung eines Hinterrades stürzte der Wagen um, wodurch dieser und der Inhalt schwer beschädigt wurden.

Leipzig. Scheunenbrand. Auf einem Felde an der Delitzscher Straße in Leutzsch, gegenüber dem Gasthofe „Zum Helm“, befand sich eine große Feldscheune, in der außer verschiedenen Ackergerätschaften und einer Strohpresse, Klehe und Stroh, in vieredrige Ballen gepreßt, untergebracht waren.

angegriffen worden, an dem ein Häftling, befestigt war. Diesen soll ein spät nachts eingetroffener Nachzügler angezündet haben. Plötzlich stand das Stroh in Flammen. Ob nun das Licht, ein weggeworfenes Streichholz oder gar ein weggeworfener Zigarettenrest den Brand veranlaßt hat, ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

Leipzig. Ueberfall auf einen Juwelier. Die Dreifigkeit des verbrecherischen Gesindels nimmt von Tag zu Tag zu. Neben den an der Tagesordnung befindlichen Einbrüchen mehrten sich in der letzten Zeit auch die Ueberfälle. Der Polizeibericht meldet folgendes: Auf den Juwelier Raub, dessen Geschäft schon wiederholt das Ziel von Einbrechern war, ist am 18. Dezember abends nach 8 Uhr, ein Ueberfall verübt worden.

Leipzig. Die Kette des deutschen Volkes zum Politisieren betreffend. In einer vom Parteirepublikanischer Studenten und Jungsozialisten einberufenen öffentlichen Versammlung sprach gestern Reichsminister a. D. Solfmann über die Republik.

Gerichtssaal. Ideale eines heimatlichen Schwachsinners. Aus Leipzig wird berichtet: Die Verhandlung gegen den Grafen von der Schulenburg vor dem Staatsgerichtshof fand am zweiten Tage völlig unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Angeklagte wird wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Sechs Monate der Untersuchungshaft kommen auf die Strafe in Anrechnung. Die Verhandlung sagt, daß es der Gerichtshof erwiesen erachtet, der Angeklagte habe das Rheinland von Preußen und damit vom Reich loslösen und einen selbständigen Frankenstein, mit eigenem internationalen Recht, eigenen Finanzen und besonderen Zollgrenzen bilden wollen.

Kunst und Wissenschaft. Shakespeares Einkommen. Nach allem, was wir wissen, gehörte Shakespeare zu den wenigen Genies, die außer ihrem großen Phantasiebegabung auch einen nüchternen Geschäftssinn besaßen. Er hat es verstanden, durch geschickte Transaktionen als Theaterbesitzer sich ein hübsches Vermögen zu erwerben und konnte sich als wohlhabender Mann nach seiner Heimat zurückziehen, wo er namhaften Besitz erworben hatte.

Wieder eingetroffen: Weizenmehl 5 Pfd. 90 Pfg. prima backfähige Ware. Kaufhaus Schocken

Hand-Koffer, Bahn-Koffer, Reise-Taschen, Schul-Taschen, Große Auswahl in Damen-Handtaschen, Karl Schmalzfuß, Aue.

KAUFHAUS SCHOCKEN. Wer ein gutes Buch verschenkt, der gibt mehr als Geld, Brot und Arbeit, er gibt Friede, Freude und Frohsinn. Hermann Löns. Märchen-Bücher, Gute Bücher, Bilder-Bücher, Für Knaben, Für Mädchen, Musikalien, Hausschatzbücherei, Weihnachtsgabe 1923.

Öffentliche Weihnachts-Aufführung. Dienstag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr im Saale des Restaurant „Bürgergarten“ Weihnachtsfeier. Hierauf sind alle Weihnachtsfreunde herzlich eingeladen.

Achtung! Achtung! Händler und Wiederverkäufer! Wegen Räumung meiner Lageräume gebe ich familiäre Chem. Artikel, wie Schußpulver, Pulver, Zinten, Bohrerwachs, Lederseife und ferner Seife, Schokol. Kuchen, Seifenpulver und Zigaretten 40% unter Tagespreis ab. C. Arthur Obst, Aue, Stadthaus

800 Rkt. Corned Beef, Spieldose, Konzertflügel mit Zubehör, Drucksachen, in sauberster Ausführung liefert schnell und preiswert die Buchdruckerei des Tageblattes.